Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. l. f. Stadt Steyr

am Freitag den 30. Mai 1913.

Tages-Ordnung:

Mitteilungen.

I. Sektion. (Sektionssitzung am Dienstag den 27. Mai 1913 um ½3 Uhr nachmittags.)

1. (Vertraulich.) Beschlußfassung über die Stadttierarztensstelle.
2. (Vertraulich.) Bestellung zweier Reservewachmänner.
3. (Vertraulich.) Ansuchen um Bürgerrechtsverleihung.
4. Eingabe der Oesterr. Waffenfabriks-Gesellschaft um die Bewilligung, vom Jahre 1918 angefangen zwischen ihren im Gemeindegebiete von Steyr gelegenen Realitäten elektrische Leitungen zu Kraft- und Lichtzwecken und ebenso Gasleitungen für eigenen Bedarf zu legen und hiebei die öffentlichen Straßen, Plätze 2c., und zwar sowohl im Erdreiche, als auch im darüber befindlichen Luftraume benützen zu dürfen.
5. Antrag auf Abänderung des § 24 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr.
6. Eingabe des Dr. Wilhelm Stigler um Abschreibung der ihm auf die Rentensteuer vorgeschriebenen Gemeinde-Umlagen für die Jahre 1904—1912.
7. Ansuchen des Leopold Berger um Aufhebung seiner Ausweisung aus dem Stadtgebiete.
8. Genehmigung eines Versorgungsvertrages.
9. Beschlußfassung wegen Verwahrung und Verwaltung des vom verstorbenen k. u. k. Major i. R. Josef v. Koller der Stadtgemeinde Steyr testamentarisch vermachten Betrages von K 10.000·— für arme Blinde.

II. Sektion. (Sektionssitzung am Montag den 26. Mai 1913 um ¼4 Uhr nachmittags.)

10. Stadtkassejournalsabschluß pro April 1913.
11. Nachträgliche Genehmigung der öffentlichen Versteigerung des ganzen Inventars vom Schacherlehnergute.
12. Nachträgliche Genehmigung des Holzverkaufes vom städtischen Walde.
13. Verzicht des Heinrich Dodl auf die Verpachtung des städtischen Theaters und Ansuchen des Norbert Inselder um Vergebung desselben.
14. Ankauf eines Grundstückes.
15. Bericht über die am Frühjahrsmarkte 1913 eingehobenen Platzgebühren am Jahrmarkte.
16. Subventionsansuchen.

III. Sektion. (Sektionssitzung am Mittwoch den 28. Mai 1913 um 4 Uhr nachmittags.)

17. Anschaffung einer Sprengvorrichtung für einen städt. Aufspritzwagen.
18. Bericht über die seit Einführung des neuen Wasserzinstarifes gemachten Wahrnehmungen.
19. Amtsbericht betreffend Holz- und Kohlenbedarf in den städtischen Gebäuden pro 1913/14.
20. Antrag des Spitalbaukomitees auf Bestimmung der Fladergutgründe als Krankenhausbauplatz.

IV. Sektion. (Sektionssitzung am Mittwoch den 28. Mai 1913 um ¼4 Uhr nachmittags.)

21. Bewilligung von Anschaffungen für das Spital.
22. Ansuchen des Arbeiterturnvereines „Vorwärts" um Wiederüberlassung des Turnsaales im Bürgerschulgebäude.
23. Ansuchen um eine Unterstützung aus den Zinsen der bestandenen Gremialkrankenkasse.
24. Verleihung zweier Pfründen aus der Josef und Ludwig Werndl-Stiftung.

Gegenwärtig:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Julius Gschaider. Vorsitzender-Stellvertreter: Herr Vizebürgermeister Paul Fendt. Die Herren Gemeinderäte: Franz Aigner, Heinrich Ammerstorfer, Heinrich Bachmayr, Ludwig Binderberger, Wilhelm Denkmayr, Otto Dunkl, Josef Haidenthaller, Leopold Haller, Dr. Karl Harant jun., Franz Hofer, Josef Huber jun., Franz Kattner, Franz Kirchberger, Anton Kurz, Josef Langoth, August Mitter, Viktor Ortler, Franz Schwertfelner, Anton Sighart, Franz Tribrunner, Karl Wöhrer, Josef Wokral.

Ferner sind anwesend: Herr Stadtrat Franz Gall und der Schriftführer Gustav Wania.

Entschuldigt abwesend sind die Herren Gemeinderäte Gottlieb Dantlgraber, Leopold Erb, Ferdinand Gründler und Karl Oberngruber.

Der Herr Vorsitzende begrüßt die Herren Gemeinderäte, konstatiert die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates und erklärt die Sitzung um 3 Uhr nachmittags für eröffnet.

Zu Verifikatoren dieses Protokolles werden Herr Vizebürgermeister Paul Fendt und Herr G.-R. Otto Dunkl gewählt.

Der Herr Vorsitzende teilt mit, daß er in der vorigen Woche neuerdings bei Herrn Oberpostdirektor Van de Castel bezüglich Einführung des Nachttelephondienstes für Steyr vorgesprochen habe. Derselbe habe diesmal die Zusage gegeben, daß bei der nächsten Personalvermehrung der halbe Nachtdienst, und zwar bis 11 Uhr, eingeführt werde. Damit sei ein kleiner Schritt nach vorwärts gemacht; jedoch werde er sein weiteres Streben darauf richten, den ganzen Nachtdienst für Steyr zu bekommen.

Weiters berichtet er, daß von Seite der k. k. o.-ö. Statthalterei folgende Note an den o.-ö. Landesausschuß ergangen ist, wovon die Stadtgemeinde Steyr eine Abschrift erhalten hat:

K. k. Statthalterei in Oesterreich ob der Enns. Linz, am 21. Mai 1913.

Z. 4584/II.

An den
oberösterr. Landesausschuß in Linz.

Die Statthalterei hat mit den Noten vom 4. März 1913, Z. 2129/II, und vom 15. April 1913, Z. 3194/II, die Erklärung abgegeben, daß aus öffentlichen Rücksichten gegen die Bewilligung der Ausscheidung der Schacherlehnergründe im Flächenausmaße von 23 ha 98 a 73 m², beziehungsweise eines Teiles der Kammermayrgründe im Flächenausmaße von 14 ha 38 a 26 m² aus der Steuergemeinde Jägerberg, Ortsgemeinde Sankt Ulrich, und Einverleibung derselben in das Stadtgebiet Steyr kein Anstand obwaltet.

Ueber das Ansuchen der Stadtgemeindevorstehung Steyr vom 29. April 1913, Z. 12.630, um die Bewilligung der Ausscheidung eines weiteren Teiles aus der Steuergemeinde Jägerberg, Ortsgemeinde St. Ulrich, und Einverleibung in das Stadt-

gebiet Steyr, umfassend die Parzellen (folgen die Nummern derselben) im beiläufigen Flächenausmaße von 51 ha 57 a 34 m², beehrt sich die Statthalterei mitzuteilen, daß aus öffentlichen Rücksichten gegen die angesuchte Bewilligung der Ausscheidung auch dieses Grundkomplexes aus der Steuergemeinde Jägerberg und Einverleibung in das Stadtgebiet Steyr kein Anstand obwaltet.

Nachdem sich der o.-ö. Landesausschuß mit der Zuschrift vom 20. Mai 1913, Z. 14.742, der in der h. ä. Note vom 15. April 1913, Z. 3194/II, zum Ausdrucke gebrachten Anschauung angeschlossen hat, daß bezüglich der Ausscheidung dieser Grundkomplexe aus der Steuergemeinde Jägerberg, Ortsgemeinde St. Ulrich, im Sinne des § 4 der o.-ö. Gemeinde-Ordnung nur die Bewilligung des o.-ö. Landesausschusses nebst der Erklärung der Statthalterei, daß aus öffentlichen Rücksichten kein Anstand obwaltet, erforderlich ist, die in Aussicht genommene nachträgliche Erwirkung eines Landesgesetzes aber sich nicht auf die Grenzänderung, sondern auf die Genehmigung der seitens der Stadtgemeindevorstehung Steyr gegenüber der Gemeinde Sankt Ulrich übernommenen Verpflichtungen bezieht, erscheint hiedurch der o.-ö. Landesausschuß in dieser Hinsicht in Uebereinstimmung mit dem von der Statthalterei in zitierter Note eingenommenen Standpunkte. — Z. 14.701/13.

Redner bemerkt hiezu, mit dieser Zuschrift erscheint nunmehr das neue Gebiet im Flächenausmaße von zirka 153 Joch, was $^1/_5$ des Stadtgebietes gleichkommt, einverleibt und wird somit dasselbe auch von der Stadtgemeinde Steyr verwaltet.

Herr G.-R. Kirchberger begrüßt freudigst die so rasche Erledigung dieser Angelegenheit und stellt den Antrag, dem Herrn Landeshauptmann Hauser, sowie dem Herrn Landesausschuß Wiesner als Referenten in dieser Angelegenheit für ihre entgegenkommende Haltung in der ganzen Inkorporierungsfrage den Dank des Gemeinderates durch Erheben von den Sitzen auszudrücken. (Geschieht.)

Mitteilungen.

Herr Stadtrat Franz Gall erstattet hierauf folgende Mitteilungen:

1. Der Zweigverein Steyr und Umgebung des Frauenhilfsvereines vom „Roten Kreuz" dankt für die Ueberlassung des Zeichensaales in der Mädchenbürgerschule zur Abhaltung von Samariterkursen. — Z 13.600/13.
2. Der Bienenzüchterverein für Steyr und Umgebung sagt Dank für die ihm zuerkannte Subvention von 20 *K* für das Jahr 1913. — Z. 8981/13.
3. Die Allgem. Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse in Steyr dankt für die ihr bewilligte Subvention von 300 *K*. — Z. 13.861/13.

Diese Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Herr Bürgermeister teilt sodann mit, daß ein Dringlichkeits-Antrag der Verkehrskommission des Gemeinderates vorliege.

Herr G.-R. Langoth als Referent dieser Kommission erklärt hierauf, daß in der gestrigen Sitzung der Verkehrskommission der Beschluß gefaßt wurde, in der heutigen Gemeinderatssitzung einen Dringlichkeitsantrag wegen Errichtung eines Bahnpostamtes in Ennsdorf einzubringen. Die dringliche Behandlung dieses Gegenstandes sei dadurch begründet, daß durch die Erbauung der Waffenfabrik der Stadtteil Ennsdorf einen bedeutenden Zuwachs an Bevölkerung erhält, wodurch die Errichtung eines Bahnpostamtes sich als dringend notwendig erweist.

Nachdem über die dringliche Behandlung dieses Gegenstandes abgestimmt und dieselbe angenommen ist, nimmt der Herr Referent zum eigentlichen Antrage nochmals Stellung, welcher lautet:

Dringlichkeits-Antrag
der Verkehrskommission.

Der Stadtteil Ennsdorf ist im Vergleiche zu den beiden anderen Teilen der l. f. Stadt Steyr im Nachteil, nachdem er kein Postamt besitzt. Durch die Inkorporierung wurde Ennsdorf der territorial größte Stadtteil und durch die Erbauung der Waffenfabrik wird dieser einen bedeutenden Zuwachs an Bevölkerung erhalten und dadurch die Notwendigkeit eines Postamtes immer dringender werden. Auch für den posttechnischen Verkehr wird das Postamt in Ennsdorf von bedeutender Wichtigkeit sein, nachdem sich auch der Staatsbahnhof in diesem Stadtteil befindet und mit der Errichtung eines Bahnpostamtes ein notwendiger Schritt zur Verbesserung der postalischen Verhältnisse in Steyr gemacht würde.

Auf Grund dieser Erwägungen stellt die Verkehrskommission des Gemeinderates den Antrag:

Der löbl. Gemeinderat wolle beschließen:

Der Herr Bürgermeister wird ersucht, alle jene Schritte zu unternehmen, welche zur Errichtung eines Bahnpostamtes notwendig sind.

Steyr, am 30. Mai 1913.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Z. 15.252/13.

Weiters liegt vor ein Dringlichkeits-Antrag der I. Sektion auf Ernennung des Präsidenten der Oesterr. Waffenfabrik, Herrn Dr. Rudolf Sieghart, zum Ehrenbürger der Stadt Steyr.

Nach Begründung der Dringlichkeit und Annahme derselben, stellt die Sektion folgenden

Dringlichkeitsantrag.

Durch die Erhaltung der Betriebsstätten der Oesterr. Waffenfabriks-Gesellschaft in Steyr wurde die Stadt nicht nur vor einem drohenden Verluste von ganz unübersehbaren Folgen bewahrt, sondern es steht vielmehr durch die Konzentration der Werke im Stadtgebiete von Steyr und durch die zu erwartende Ausdehnung des Betriebes eine bedeutsame wirtschaftliche Förderung Steyrs und seiner Bewohner in Aussicht.

Entgegen anderer Faktoren, welche eine Verlegung des Betriebes von Steyr geplant hatten, war es der Präsident der Gesellschaft, der sich für den Verbleib der Fabrik in Steyr eingesetzt hat.

Steyr hat es daher in erster Linie ihm zu verdanken, wenn die Gefahr einer wirtschaftlichen Katastrophe abgewendet wurde und die Stadt, wie zu hoffen steht, einem wirtschaftlichen Aufschwunge entgegengehen wird.

In dankbarer Anerkennung für diese Verdienste wolle der löbliche Gemeinderat dem Antrage auf Ernennung Seiner Exzellenz des Herrn Dr Rudolf Sieghart, Gouverneur der k. k. priv. allg. österr. Bodenkreditanstalt und Präsidenten der Oesterr. Waffenfabriks-Gesellschaft, zum Ehrenbürger der Stadt Steyr zustimmen.

Steyr, am 30. Mai 1913.

Wird einstimmig angenommen. — Z. 15.253/13.

Herr G.-R. Hofer erklärt, er glaube im Namen aller Herren zu sprechen, wenn er beantrage, dem sehr verehrten Herrn Bürgermeister und den Unterhändlern für ihre vielseitigen Mühewaltungen bei den schwierigen Verhandlungen mit der Waffenfabrik den Dank auszusprechen und sich zum Zeichen des Einverständnisses von den Sitzen erhen zu wollen. (Geschieht).

Herr Bürgermeister Gschaider dankt in seinem sowie im Namen der Unterhändler für die ehrende Anerkennung und betont, daß sie nur ihre Pflicht im Interesse der Stadt getan haben.

Es wird sodann zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Dr. Karl Harant jun.

1. Beschlußfassung über die Stadttierarztensstelle.

2. Bestellung zweier Reservewachmänner.

3. Ansuchen um Bürgerrechtsverleihung.

Diese Punkte werden in vertraulicher Sitzung behandelt.

4. Eingabe der Oesterr. Waffenfabriks-Gesellschaft um die Bewilligung, vom Jahre 1918 angefangen zwischen ihrem im Gemeindegebiete von Steyr gelegenen Realitäten elektrische Leitungen zu Kraft- und Lichtzwecken und ebenso Gasleitungen für eigenen Bedarf zu legen und hiebei die öffentlichen Straßen, Plätze rc. und zwar sowohl im Erdreiche, als auch im darüber befindlichen Luftraume benützen zu dürfen.

Der Herr Referent verliest diese Eingabe und erklärt, daß tatsächlich, wie in der Zuschrift bemerkt ist, Verträge sowohl mit der Gesellschaft Gasindustrie in Augsburg, als auch mit der Elektrizitäts-Gesellschaft in Steyr dahin bestehen, daß die Legung von Gasleitungen und Kabeln gewissen Beschränkungen unterworfen sind. Diese Verträge werden mit Ende 1917 ablaufen. Die Waffenfabrik strebt daher an, es möge ihr schon jetzt bestätigt werden, daß sie vom 1. Jänner 1918 angefangen in der Legung elektrischer Leitungen für Kraft- und Lichtzwecke, resp. in der Legung von Gasleitungen für ihren eigenen Bedarf zu ihren verschiedenen in Steyr gelegenen Realitäten — soweit die technischen Vorschriften hiebei eingehalten werden — vollkommen unbehindert sei.

Nachdem dieses Ansuchen von ganz bedeutender Tragweite sei und zum Zwecke der Beleuchtungsfragen bekanntlich das Beleuchtungskomitee eingesetzt ist, beantragt die Sektion:

Der löbl. Gemeinderat beschließe, es sei die vorliegende Eingabe zunächst dem Beleuchtungskomitee als der in erster Linie zuständigen Stelle zum Studium und zur seinerzeitigen Berichterstattung zuzuweisen.

Einstimmig angenommen. — Z. 13.385/13.

5. Antrag auf Abänderung des § 24 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr.

Dieser Antrag, welcher bereits in der Sitzung des Gemeinderates vom 25. April l. J. zur Verlesung gelangte und damals der I. Sektion zur seinerzeitigen Antragstellung überwiesen wurde, lautet:

Antrag:

In Erwägung des Umstandes, daß die im § 24 der seit 1904 gültigen Geschäftsordnung des Gemeinderates enthaltene Bestimmung, welche bedingt, daß eventuelle Anträge außer vom Antragsteller noch von fünf Mitgliedern des Gemeinderates unterfertigt sein müssen, nicht mehr zeitgemäß ist und auch der heutigen Zusammensetzung des Gemeinderates nicht entspricht, beantragt der Gefertigte:

Der Gemeinderat wolle beschließen, es werde der § 24 der Geschäftsordnung wie folgt geändert:

§ 24.

„Interpellationen und Anträge müssen stets schriftlich und mindestens eine Viertelstunde vor Beginn der Sitzung dem Vorsitzenden übergeben werden, widrigenfalls sie erst in der nächsten Sitzung zur Mitteilung gebracht werden.

Sowohl Interpellationen als auch Anträge müssen vom Interpellanten bezw. Antragsteller unterfertigt sein.

Wird die dringliche Behandlung eines Antrages begehrt, so muß derselbe außer vom Antragsteller noch von mindestens fünf Mitgliedern des Gemeinderates gefertigt sein, ausgenommen im Falle des § 28 G.-O."

Zur Begründung des Antrages führe ich an: Die Bestimmung des § 24 ist in ihrer heutigen Fassung eine Beeinträchtigung aller Mitglieder des Gemeinderates, da denselben dadurch die Möglichkeit genommen ist, selbständige Anträge zu stellen und ihren persönlichen Willen zu dokumentieren.

Diese Bestimmung steht aber auch im grellen Widerspruche zu der im Gemeindestatut vorgesehenen Mandatseinteilung des IV. Wahlkörpers, welchem nur vier Mandate zugestanden sind, so daß den Vertretern des ganzen Wahlkörpers die Möglichkeit genommen ist, den Wünschen ihrer Wähler zu entsprechen und diese in Form von Anträgen zum Ausdrucke zu bringen.

Schließlich wird zur Begründung des Antrages noch bemerkt, daß eine derartige Beschränkung der politischen Freiheit und der Mandatsausübung auch bei anderen autonomen Gemeinden nicht besteht und schon deshalb dem angeblich freiheitlichen Geiste der Stadt Steyr widerspricht.

Steyr, im April 1913. Wokral m. p.

G. Dantlgraber m. p. Tribrunner m p. Franz Kattner m p. Binderberger m. p. Dunkl m. p.

Die Sektion stellt den Antrag auf Stattgebung des vorliegenden Ansuchens als der bestehenden Parteigruppierung und der Sachlage entsprechend.

Wird einstimmig angenommen. — Z. 14.489/13.

6. Eingabe des Dr. Wilhelm Stigler um Abschreibung der ihm auf die Rentensteuer vorgeschriebenen Gemeinde-Umlagen für die Jahre 1904—1912.

Derselbe stellt deshalb dieses Ansuchen, weil er seit dem Jahre 1903 ununterbrochen in Sachsen wohnhaft ist und als reichsdeutscher Untertan und Bürger auch dort die auf seine Leibrente entfallende Vermögenssteuer und Gemeinde-Umlage entrichtet hat. Nachdem er auch in Oesterreich für seine Leibrente die Rentensteuer und Gemeinde-Umlage für diese Zeit zu bezahlen hatte, so liege eine ungerechte doppelte Besteuerung und auch eine zweifache Entrichtung der Gemeinde-Umlage vor.

Die Sektion stellt hierüber folgenden Antrag:

Aus der Aktenlage ergibt sich, daß dem Herrn Dr. Wilhelm Stigler von seiner Leibrente die staatliche Steuer in Oesterreich vorgeschrieben wird.

Es hat daher die Stadtgemeinde kaum Anlaß, ihrerseits von einer Bemessung und Einhebung der entfallenden Umlage abzusehen, daher der Antrag auf Abweisung des Ansuchens gestellt wird.

Wird angenommen. — Z. 4779/13.

7. Ansuchen des Leopold Berger um Aufhebung seiner Ausweisung aus dem Stadtgebiete.

Ueber Antrag der Sektion wird die Aufhebung des Ausweisungs-Erkenntnisses aus den im Amtsberichte geltend gemachten Gründen beschlossen. — Z. 13.841/13.

8. Genehmigung eines Versorgungs-Vertrages.

Hans Pichler, Turnlehrer, stellt als Kurator der geisteskranken Frau Marie Mayrhofer, Feilenhauerswitwe, das Ansuchen um Aufnahme derselben in die hierstädtische Verpflegung gegen Erlag ihres Vermögens im Betrage von zirka 8000 *K*.

Die Sektion beantragt die Genehmigung dieses Ansuchens nach den Bestimmungen des vorgelegten Vertragsentwurfes.

Einstimmig angenommen. — Z. 13.212/13.

9. Beschlußfassung wegen Verwahrung und Verwaltung des vom verstorbenen k. u. k. Major i. R. Josef v. Koller der Stadtgemeinde Steyr testamentarisch vermachten Betrages per K 10.000·— für arme Blinde.

Der Herr Referent bringt eine Note der k. k. oberöst. Statthalterei vom 28. April 1913 zur Verlesung, worin die Stadtgemeinde Steyr eingeladen wird, sich in rechtsverbindlicher Form darüber auszusprechen, ob sie bereit ist, die Verwahrung und Verwaltung obigen Stiftungsvermögens zu übernehmen.

Die Sektion stellt folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderat beschließe, es sei das in dem Testamente des verstorbenen Herrn k. u. k. Majors Josef von Koller zu gunsten der Stadtgemeinde Steyr legierte Stiftungsvermögen an- und in die städtische Verwahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Das Amt wird beauftragt, bezüglich der Modalitäten der Verleihung einen Entwurf auszuarbeiten und vorzulegen, in erster Linie aber über den Wortlaut des die fragliche Verfügung betreffenden Teiles des Testamentes Erhebungen anzustellen, da die vorliegenden Akten diesfalls zu Zweifeln Anlaß geben.

Einstimmig angenommen. — Z. 12.923/13.

II. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Franz Kirchberger.

10. Stadtkassejournalsabschluß pro April 1913.

Die Stadtbuchhaltung berichtet:

	1913		1912		Differenz	
	K	*h*	*K*	*h*	*K*	*h*
Es betrugen die Einnahmen im Monate April . .	20.677	11	20.282	36	+ 394	75
Hiezu Kassarest vom Vormonate . .	38.301	61	54.028	99	—15.727	38
Gesamt-Einnahmen im April . . .	58.978	72	74.311	35	—15.332	63
Ausgaben im Monate April . .	45.348	45	38.961	05	+ 6.387	40
Kassarest für den Monat Mai . .	13.630	27	35.350	30	—21.720	03
Seit Jahresbeginn bis Ende April betrugen:						
die Gesamteinnahmen	299.878	88	325.372	93	—25.494	05
die Gesamtausgaben	286.248	61	290.022	63	— 3.774	02

Dieser Kassejournalsabschluß wird über Antrag der Sektion zur Kenntnis genommen. — Z. 14.496/13.

11. Nachträgliche Genehmigung der öffentl. Versteigerung des ganzen Inventars vom Schacherlehnergute.

Die Sektion berichtet:

Wie dem löbl. Gemeinderate bekannt ist, wurde bei den Verhandlungen mit der Waffenfabrik betreffs Verkaufes des Schacherlehnergutes von den Vertretern der Stadtgemeinde erreicht, daß das gesamte lebende und tote Inventar dieses Gutes Eigentum der Stadtgemeinde bleibt.

In einer gemeinsamen Sitzung der II. und III. Sektion wurde beschlossen, dieses Inventar zur öffentlichen Versteigerung zu bringen, um durch eine solche den größtmöglichsten Nutzen für den Spitalbaufond zu erzielen.

Diese Versteigerung hat gestern stattgefunden und ein Bruttoerträgnis von 10.047 *K* 10 *h* geliefert. Der Schätzwert war 8688 *K*.

Die Sektion stellt daher den Antrag:

Der löbliche Gemeinderat wolle die durchgeführte öffentliche Versteigerung des ganzen Inventars des Schacherlehnergutes hiemit nachträglich genehmigen.

Wird angenommen. — Z. 15.161/13.

Der Herr Vorsitzende sagt bei dieser Gelegenheit dem bisherigen Verwalter des Schacherlehnergutes, Herrn G.-R. Ortler, für seine während dreier Jahre der Stadtgemeinde in dieser Eigenschaft gewidmeten uneigennützigen Bemühungen den herzlichsten Dank, wobei er bemerkt, daß gerade die Versteigerung des Inventars dieses Gutes gezeigt habe, in welch' guter Weise Herr Ortler dasselbe verwaltet hat. Das Inventar, welches derselbe vor drei Jahren übernommen habe, stehe in gar keinem Verhältnisse zu demjenigen, welches er hinterlassen hat. Er bittet deshalb die Herren Gemeinderäte, sich zum Zeichen des Dankes für die erfolgreiche Tätigkeit des Herrn G.-R. Ortler von den Sitzen erheben zu wollen.

Diesem Ersuchen wird auch nachgekommen. (Lebhafte Bravorufe.)

Herr G.-R. Ortler dankt dem Herrn Vorsitzenden sowie den Herren Gemeinderäten für diese Dankesbezeugung sowie für das ihm während der drei Jahre, wo er das Schacherlehnergut verwaltete, uneingeschränkt entgegengebrachte Vertrauen und betont, daß er bei Verwaltung dieses Gutes stets die größtmöglichste Förderung des Spitalbaufondes vor Augen gehabt habe. (Bravorufe.)

12. Nachträgliche Genehmigung des Holzverkaufes vom städtischen Walde.

Die Sektion beantragt:

Der löbl. Gemeinderat wolle den Verkauf des Holzes vom städtischen Walde, welcher wegen Neubau der Waffenfabrik abgeholzt werden mußte, nachträglich genehmigen.

Das Holz wurde der meistbietenden Firma Julius Huber in Steyr um den Preis von 14.000 *K* zugesprochen.

Wird angenommen. — Z. 13.047/13.

Herr G.-R. Huber spricht bezüglich dieser beiden letzten Punkte der Tagesordnung den Wunsch aus, es möge von der Finanzsektion dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung eine Gesamtabrechnung über diese Verkäufe vorgelegt, sowie ein Vorschlag unterbreitet werden, wie die diesbezüglichen Gelder verwendet werden sollen, damit der Gemeinderat in der Lage ist, hierüber beraten zu können.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß diesem Ersuchen gewiß nachgekommen wird.

13. Verzicht des Heinrich Dodl auf die Verpachtung des städtischen Theaters und Ansuchen des Norbert Infelder um Vergebung desselben.

Es wird hierüber beantragt:

Der löbliche Gemeinderat wolle den angezeigten Rücktritt des Theaterdirektors Heinrich Dodl genehmigend zur Kenntnis nehmen und das Stadttheater dem Herrn Direktor Infelder zu den ausgeschriebenen Bedingungen verleihen, worüber mit demselben ein neuer Vertrag zu schließen ist.

Auf das Ansuchen des Herrn Dodl, die ihm ungebührlich ausbezahlte Subvention per 250 *K* zu belassen, bezw. eine spätere ratenweise Rückerstattung zu bewilligen, wolle der Gemeinderat nicht eingehen. — Es habe vielmehr die erliegende Kaution des Direktors Dodl zur Schadloshaltung der Stadtgemeinde verwendet zu werden.

Einstimmig nach Antrag. — Z. 13.820/13.

14. Ankauf eines Grundstückes

Es liegt folgender Bericht seitens des Herrn Bürgermeisters vor:

Bericht.

Durch die Aussteckung der neuen Waffenfabrik stellte sich heraus, daß ein Teil des künftigen Verwaltungsgebäudes in die städtische Schottergrube hineinragt. Durch diesen Umstand erscheint ein Weiterbetrieb der bisherigen Schotteranlage unmöglich und ergibt sich die Notwendigkeit, eine neue Schottergrube anzulegen. Eine solche Anlage wäre an der linken Seite der Schlüsselhofgasse, zwischen dem Meisteratelier und der Jägerkaserne, möglich, da der Grund dort, wie der Einschnitt einer seitens des Jägerbataillons angelegten Straße erweist, guten Schotter enthält. Die Böschung an der Straße befindet sich bereits im Besitze der Stadtgemeinde, doch ist für einen dauernden Betrieb der Ankauf der oberhalb dieser Böschung befindlichen Grundparzelle im Ausmaße von 1 Joch 3 Quadratklafter notwendig. Die Besitzerin des Grundes, die Bürgerliche Aktienbrauerei, würde diese Parzelle auch abtreten und erachte ich beim Ankauf einen Preis von 4000 *K* per Joch als entsprechend.

Die Sektion beantragt hierüber:

Der löbl. Gemeinderat wolle zum Ankaufe dieses Grundes zur Erschließung einer Schottergrube seine Zustimmung geben und als Kaufpreis die Höchstsumme per Joch mit 4000 *K* festsetzen.

Mit der weiteren Austragung dieser Angelegenheit ist die III. Sektion zu betrauen.

Herr G.-R. Huber ist der Ansicht, daß auf die Gewinnung von Flußschotter Wert gelegt werden solle.

Herr G.-R. Wokral hält die Anlage einer Schottergrube in der Schlüsselhofgasse nicht für passend, nachdem auf diesem Platz später Häuser erbaut werden könnten. Im Uebrigen schließt er sich bezüglich Gewinnung von Flußschotter der Aeußerung des Herrn G.-R. Huber an.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß die Verwendung von Flußschotter nur für solche Straßen und Plätze Wert habe, welche in den Flußtälern liegen. Für weiter entfernte Straßen wäre eine solche infolge des bergigen Terrains in Steyr nicht für vorteilhaft anzusehen, nachdem der Schottertransport dadurch zu teuer würde.

Der Antrag der Sektion gelangt sodann zur Annahme. — Z. 15.554/13.

15. Bericht über die am Frühjahrsmarkte 1913 eingehobenen Platzgebühren.

Das Stadtkassenamt berichtet, daß am Frühjahrsmarkte 1913

an Platzgebühren	*K* 1923·18
an polizeilichen Wachgebühren . .	„ 192·32
zusammen	*K* 2115·50

eingehoben wurden.

Gegenüber dem Frühjahrsmarkte 1912 ergibt sich eine Mehreinnahme um *K* 49·51.

Die Sektion beantragt, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Wird angenommen. — Z. 13.215/13.

16. Subventionsansuchen.

Ueber Antrag der Sektion werden folgende Subventionen bewilligt:

a) Dem Asylverein der Wiener Universität in Wien 10 *K* wie im Vorjahre. — Z. 12.833/13.

b) Dem Verein deutscher Steyrer Hochschüler „Styria" in Wien 50 *K* für das Jahr 1913.

c) Dem Gabelsberger-Stenographen-Verein in Steyr 50 *K* wie im Vorjahre. — Z. 13.033/13.

d) Dem Komitee für Koch- und Haushaltungskurse in Steyr zur Abhaltung eines solchen Kurses eine einmalige Subvention von 50 *K*. — Z. 13.739/13.

e) Ueber das Ansuchen des Vereines der Freunde der Feuerbestattung „Die Flamme" um Zeichnung von Anteilscheinen zur Bestreitung der Kosten für die Errichtung eines Krematoriums in Reichenberg wird beschlossen, einen solchen Anteilschein im Betrage von 100 *K* zu zeichnen. — Z. 12.222/13.

III. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Josef Huber jun.

17. Anschaffung einer Sprengvorrichtung für einen städtischen Aufspritzwagen.

Die Sektion beantragt:

Der löbliche Gemeinderat beschließe die Anschaffung einer Wassersprengvorrichtung und Pumpe zu einem vorhandenen Wasserwagen zum Preise von höchstens 800 *K*.

Mit der Anschaffung und Durchführung werde die III. Sektion beauftragt.

Einstimmig angenommen. — Z. 9606/13.

18. Bericht über die seit Einführung des neuen Wasserzinstarifes gemachten Wahrnehmungen.

Der Herr Referent berichtet in längerer Ausführung über diesen Punkt, indem er erklärt, daß sich die erwähnte Neueinführung als günstiger erwiesen hat.

Er gibt auch über Ersuchen des Herrn G.-R. Wokral das diesbezügliche Ergebnis der Einnahmen und Ausgaben für die städtische Wasserleitung bekannt und stellt namens der Sektion folgenden Antrag:

Der löbliche Gemeinderat nehme den Bericht über den Erfolg der städtischen Wasserleitung zur Kenntnis und beschließe die Neuauflage und Drucklegung des Wasserregulativs mit den Abänderungen entsprechend dem Gemeinderatsbeschlusse vom 26. Jänner 1912.

Einstimmig nach Antrag. — Z. 5194/13.

19. Amtsbericht betreffend Holz- und Kohlenbedarf in den städtischen Gebäuden pro 1913/14.

Es werden benötigt:

an hartem Brennholz	410 m³,
an weichem Brennholz . . .	220 „
zusammen	630 m³,

an Steinkohle 190·5 t.

Die Sektion beantragt hierüber:

Der löbliche Gemeinderat beschließe die Ausschreibung des laut Amtsbericht geforderten Holz- und Kohlenbedarfes für die städtischen Gebäude und Schulen pro Heizperiode 1913/14 und betraue die III. Sektion mit der Vergebung.

Wird einstimmig genommen. — Z. 14.492/13.

20. Antrag des Spitalbaukomitees auf Bestimmung der Fladergründe als Krankenhausbauplatz.

Referent: Herr Vizebürgermeister Paul Fendt.

Er berichtet:

Wie bekannt, steht durch den neu erstehenden Waffenfabriksbau der bereits für das Spital angekaufte Platz am Schacherlehnergute für diesen Zweck nicht mehr zur Verfügung.

Angesichts der großen Wichtigkeit, die das Hierbleiben der Waffenfabrik für die Stadt Steyr hat, mußte der Gemeinderat diesen Platz opfern. Die Spitalsfrage mußte während dieser Zeit etwas zur Seite geschoben werden.

Kaum aber war die Verhandlungszeit vorüber und mit der Oesterr. Waffenfabriks-Gesellschaft abgeschlossen, hat der Herr Bürgermeister Gschaider das Spitalbaukomitee sofort einberufen, um einen neuen Bauplatz für das Spital ausfindig zu machen.

Nach langen, eingehenden Beratungen, Erwägungen und Vorschlägen hat sich das Spitalbaukomitee entschlossen, die Gründe des sogenannten Fladergutes als Baugrund für das Spital dem Gemeinderate zu empfehlen. Dieser Antrag wurde vom Spitalbaukomitee einstimmig angenommen.

Begründet wurde die Wahl dieses Platzes damit, daß die Fladergutgründe schon Eigentum der Gemeinde sind, also kein Grund für diesen Zweck angekauft zu werden braucht, ferner, daß diese Gründe im Stadtgebiete liegen, daß dieselben ein Flächenmaß aufweisen, welches die Gewähr biete, daß sich dort ein modernes Spital bestens entwickeln kann, auch sind die Gründe nach Norden vollkommen geschützt.

In Vorschlag wurden bei dieser Sitzung auch die Gründe am Resthof bei Gleink und die der Aktienbrauerei gehörigen Schlüsselhofgründe gebracht. Erstere wurden aber wegen der großen Entfernung außerhalb des Stadtgebietes und der sehr dem Winde ausgesetzten Lage, letztere wegen dem leicht eintretenden Flußnebel für Spitalbauzwecke als nicht geeignet bezeichnet.

Der Herr Bürgermeister hat am Samstag den 24. Mai nachmittags eine kleine Kommission anberaumt, zum Zwecke der genauen Besichtigung der Fladergutgründe. Die Kommission bestand aus dem Herrn Bürgermeister, dem Vizebürgermeister, dem Obmann der III. Sektion Herrn G.-R. Josef Huber, dem Herrn Regierungsrat Primarius Dr. Brenner und Baudirektor Kempf aus Linz und Herrn Primarius Dr. Klotz aus Steyr.

Die beiden Herren aus Linz äußerten sich über den Platz in günstiger Weise und bezeichneten die Fladergutgründe in jeder Beziehung für den Zweck als geeignet.

Es wird daher dem Gemeinderate folgender Antrag seitens des Spitalbaukomitees zur Annahme empfohlen:

Bei der am 14. Mai 1913 abgehaltenen Sitzung des Spitalbaukomitees wurde einstimmig beschlossen, als Gründe für

den Bau eines neuen Spitales in Steyr die Fladergründe, und zwar die Parzellen Nr. 709, 714/1 und 719 dem Gemeinderate in Vorschlag zu bringen, da diese Gründe die einzigen der Stadtgemeinde zur Verfügung stehenden, für den Bau eines Krankenhauses geeigneten Baugründe sind, welche hiezu auch vollkommen ausreichen.

Weiters wurde beschlossen, es möge der Bausektion des Gemeinderates die rascheste Lösung der für diesen Bau nötigen Vorfragen, wie Wasserbeschaffung, Straßenanlage, Kanalisierung, Kläranlage 2c. übertragen werden.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Z. 15.555/13.

IV. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Josef Langoth.

21. Bewilligung von Anschaffungen für das Spital.

Die Sektion beantragt:

Der löbliche Gemeinderat wolle beschließen: Nach Vorschlag der Spitalskommission wird der Polarisations-Apparat Nr. 12 im Preise von 254 *K* zur Anschaffung bewilligt.

Nach Antrag. — Z. 12.588/13.

22. Ansuchen des Arbeiterturnvereines „Vorwärts" um Wiederüberlassung des Turnsaales im Bürgerschulgebäude.

Ueber Antrag der Sektion wird dem Arbeiterturnverein „Vorwärts" die Benützung der Turnhalle im Bürgerschulgebäude zu den gleichen Zeiten und Bedingungen wie im Vorjahre bewilligt. — Z. 12.568/13.

23. Ansuchen um eine Unterstützung aus den Zinsen der bestandenen Gremialkrankenkasse.

Auf Vorschlag des löblichen Handelsgremiums in Steyr werden nach dem Antrage der Sektion dem Gesuchsteller Josef Weismayr 200 *K* aus der bestandenen Gremialkrankenkasse als Kurkostenbeitrag bewilligt. — Z. 11.535/13.

24. Verleihungen zweier Pfründen aus der Josef und Ludwig Werndl-Stiftung.

Nach dem Vorschlage des löblichen Armenrates und über Antrag der Sektion werden die erledigten Pfründen aus der Josef und Ludwig Werndl-Stiftung im Betrage von je 100 *K* jährlich den Bewerbern Rudolf Glocer und Josef Weinmayr verliehen. — Z. 11.173/13.

Nach Schluß der Tagesordnung stellt Herr G.-R. Wokral an den Herrn Vorsitzenden das Ersuchen, er möge bei der Waffenfabriksdirektion Schritte einleiten, damit dieselbe die einzelnen Firmen, an welchen Arbeiten anläßlich des Fabriksneubaues vergeben werden, beauftrage, daß bei diesen Arbeiten möglichst einheimische Arbeiter beschäftigt werden sollen.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß er bereitwilligst diesem Ersuchen nachkommen werde.

Hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung um ½5 Uhr abends.

In der sodann folgenden vertraulichen Sitzung werden die zwei erledigten Reservewachmannstellen den beiden Bewerbern Josef Maurer, Fleischhauergehilfe, und August Schmidl, Fabrikarbeiter, verliehen. — Ein weiterer Bewerber, Josef Weißengruber, wird für eine solche Stelle einstweilen in Vormerkung genommen.

Der Vorsitzende:

Die Verifikatoren:

Der Schriftführer:

Anhang
zum Protokolle über die ordentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. l. f. Stadt Steyr am Freitag, den 30. Mai 1913.

Vertraulicher Teil.
I. Sektion. Referent: Sekt. Obmann Herr G. R. Dr. Karl Harant jun.

1. Ansuchen um Bürgerrechtsverleihung.

Über das vorliegende Ansuchen des Gabriel Kappa, Geschäftsdiener, beantragt die Sektion:
Da der Gesuchsteller nicht in der Lage ist, irgendwelche Verdienste um die Öffentlichkeit für sich in Anspruch zu nehmen, sei das vorliegende Ansuchen als nicht berücksichtigungswürdig abzuweisen.
Einstimmig angenommen. - Zl. 11358/13.

2. Bestellung zweier Reservewachmänner.

Es wird beantragt, die erledigten zwei Reservewachmannstellen den Bewerbern Josef Maurer, Fleischhauergehilfe und dem August Schmidl, Fabr. Arbeiter zu verleihen und den weiteren Bewerber Josef Weissengruber für eine freiwerdende Reservewachmannstelle in Vormerkung zu nehmen.
Einstimmig nach Antrag. Zl. 78 u. 84/85 V.P.

3. Beschlussfassung über die Stadttierarztstelle.

Mit Note der k. k. Statthalterei in Linz vom 18. April 1913, Zl. 1441 wird dem bisherigen städt. Amtstierarzte Bernhard Eichelsdörfer die Führung der veterinär-polizeilichen Agenden bei der Stadtgemeinde Steyr insolange untersagt, bis er sein Diplom nostrifiziert und die österr. Staatsbürgerschaft erworben hat, wozu ein Zeitraum von mindestens einem 1/2 Jahre erforderlich ist.
Hierüber legt die Sektion folgenden Bericht und Antrag vor:
Mit Rücksicht darauf, dass im Hinblicke auf die Note der k. k. Statthalterei ein unverhältnismäßig langer Zeitraum erforderlich wäre, um die Angelegenheit des Herrn Tierarztes Bernhard Echelsdörfer einer günstigen Lösung zuzuführen, insolange aber die Führung der veterinärpolizeilichen Agenden durch denselben unstatthaft ist, wird beantragt:
Der löbl. Gemeinderat geruhe den Herrn Tierarzt Bernhard Eichelsdörfer seines Amtes zu entheben und die Stelle zur Wiederbesetzung im Herbste l. J. auszuschreiben. Dies in der Erwägung, dass mit Rücksicht auf die bestehenden Prüfungstermine bis zum Herbste eine größere Anzahl von Anwärtern zu erwarten steht.
Weiters wolle der Gemeinderat beschließen, dass dem Herrn Tierarzt Eichelsdörfer für die ihm entstandenen Auslagen eine Entschädigung zuerkannt werde, über deren Art und Höhe der Herr Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Herrn Obmann der I. Sektion zu entscheiden hätte.
Wird angenommen. - Zl. 96/V.P.

Hierauf Schluss der vertraulichen Sitzung.

Der Vorsitzende:
Die Verifikatoren:
Der Schriftführer: